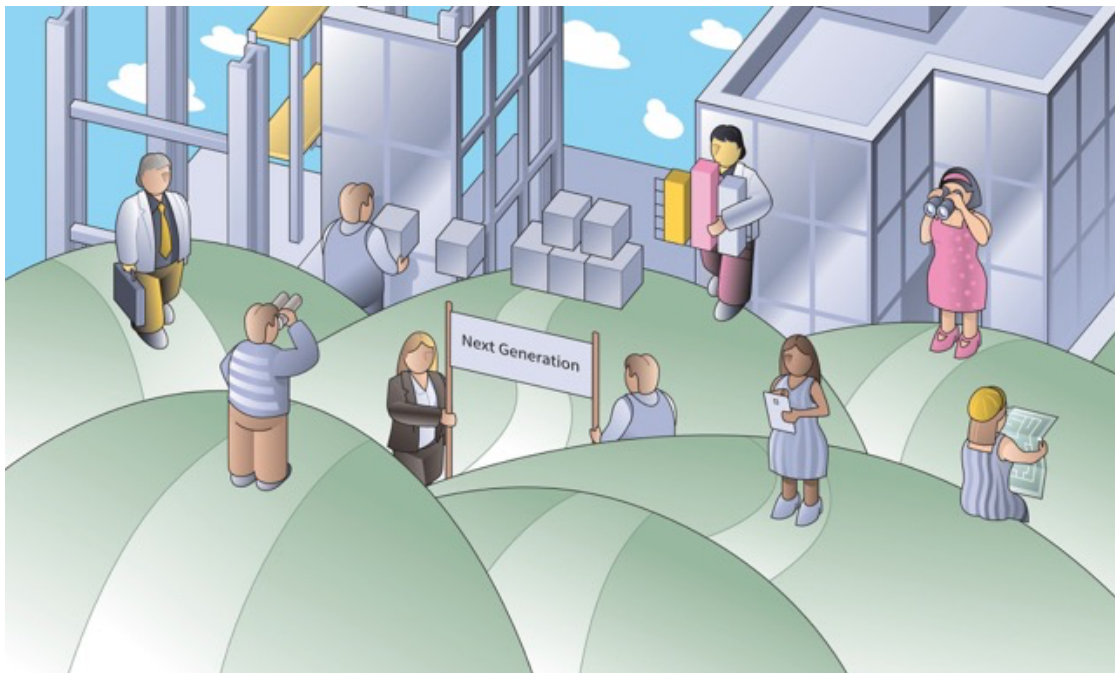


## Views from Generation Y



### **Deutschland 2021: Maßnahmen der neuen Koalitionsparteien zur Be- wältigung demografischer Entwicklungen**

Autorin: Sophie Kühn

## Maßnahmen der Koalitionsparteien zur Bewältigung demografischer Entwicklungen

### Einleitung

Der vorliegende Artikel widmet sich der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bzw. dem demografischen Wandel in diesem Land. Dieser bringt enorme Herausforderungen im Hinblick auf die Altersstruktur, die Geburtenzahlen sowie Migrationsbewegungen mit sich. Die Politik hat die Aufgabe, Lösungen und Maßnahmen zu ergreifen, um negativen Entwicklungen entgegenzuwirken und langfristig eine „Demografiefestigkeit“ zu etablieren. Aufgrund der kürzlichen Neubildung der deutschen Bundesregierung ist eine Untersuchung der politischen Konstellation interessant, wofür ein genauer Blick auf die beteiligten Regierungsparteien notwendig ist. Für diese Untersuchung stellt sich deshalb die Frage, inwiefern die Parteien und der Koalitionsvertrag der neuen deutschen Bundesregierung die demografischen Herausforderungen für eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland aufgreifen.

Zu Beginn wird die demografische Situation von Deutschland kurz dargelegt, um dadurch die Herausforderungen zu identifizieren. Um die zu untersuchende Fragestellung zu beantworten, erfolgt anschließend eine Analyse der Wahlprogramme der aktuell an der Regierung beteiligten Parteien. Diese werden schließlich mit dem aktuellen Koalitionsvertrag der Parteien in Hinblick auf demografische Aspekte verglichen.

### Analyse

#### **Aktuelle demografische Situation in Deutschland**

Die Zukunftsaussichten für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zeigen von 2020 bis 2035 eine leichte Abnahme der Gesamtpopulation um ein Prozent. Dabei sind es die 15- bis 64-Jährigen, also die Erwerbsbevölkerung, die einzige Bevölkerungsgruppe, die stark abnimmt und zwar um 11 Prozent. Da auch die Babyboomer (geburtenstarke Jahrgänge von ca. 1955 bis 1969) bis 2035 aus dem erwerbsfähigen Alter ausscheiden werden, wird die arbeitsfähige Bevölkerung stark abnehmen. Die Generation der 65- bis 79-Jährigen wird um 38 Prozent stark zunehmen, die Generation der über 80-Jährigen

um 16 Prozent, sodass stetig mehr ältere Menschen versorgt werden müssen. Daraus resultiert auch ein steigender Abhängigkeitsquotient der nicht erwerbsfähigen Personen von den Personen im Erwerbstätigenalter bis 2035 um 15 Prozent. Es stellt sich demnach die Frage nach der Finanzierung des Gesundheits- und des Rentensystems, welche bereits heute für die kommenden Jahrzehnte geklärt werden muss. Bei einer gleichzeitig steigenden Lebenserwartung von rund 10 Prozent wird die Dringlichkeit erforderlicher Maßnahmen besonders sichtbar.<sup>1</sup>

Aus diesen Daten ergeben sich eine Reihe von Herausforderungen, denen sich die neue deutsche Bundesregierung stellen muss. Zunächst stellt sich die Frage, wie die Produktivität der Wirtschaft bei einer sinkenden Zahl der Erwerbstätigen und gleichzeitig wachsenden Zahl der Älteren aufrechterhalten werden kann. Eine weitere Herausforderung ist die bereits erwähnte finanzielle und medizinische Versorgung der älteren Bevölkerungsgruppen. Die wachsenden Kosten des Gesundheitssystems sowie des Rentensystems müssen von einer sinkenden Anzahl junger Menschen getragen werden, sodass es hier Ideen für eine Entlastung erfordert. Ob diese Herausforderungen von den Parteien bzw. im neuen Koalitionsvertrag berücksichtigt werden, soll nachfolgend untersucht werden.

#### **Analyse der Parteiprogramme hinsichtlich Demografie**

Die Bundestagswahl 2021 führte in Deutschland zu einem Regierungswechsel. Nach mehr als 16 Jahren einer CDU-geführten Bundesregierung wird die deutsche Regierung seit November 2021 von den Sozialdemokraten (SPD), Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) und den Freien Demokraten (FDP) gestellt. Die SPD war hierbei die stärkste Kraft und stellt daher mit Olaf Scholz den Kanzler. Im Vorfeld der Bundestagswahl am 26. September 2021 veröffentlichten die an der neuen Regierung beteiligten Parteien ihre Wahlprogramme. Im Folgenden soll zunächst untersucht werden, inwieweit die Parteien der aktuellen Bundesregierung die demografischen Aspekte berücksichtigen.

<sup>1</sup> Vgl. World Demographic & Ageing Forum (2021)

Die Auswirkungen der demografischen Entwicklungen lassen sich in verschiedenen Politikbereichen feststellen<sup>2</sup>:

- ❖ Sozialpolitik (Finanzierung der Renten, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Gesundheitsförderung)
- ❖ Familienpolitik (Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, Ausschöpfung des Arbeitskräftepotenzials)
- ❖ Bildungspolitik (Vorbeugung des Fachkräftemangels durch Qualifizierung v. a. auch junger Menschen und Frauen)
- ❖ Kulturpolitik (generationenspezifische und generationsübergreifende Angebote)

Die an der neuen Bundesregierung beteiligte **Freie Demokratische Partei (FDP)** ist eine liberale Partei, die im politischen Spektrum Mitte bis Mitte-rechts einzuordnen ist und sich selbst den Werten Freiheit und Selbstbestimmung zuordnet. Sie bemängelt in ihrem Wahlprogramm, dass die letzte Bundesregierung die Sozialsysteme nicht ausreichend auf die Zukunft vorbereitet und dadurch die Folgen des demografischen Wandel verschärft hat.<sup>3</sup> Sie erkennt, dass die berufliche Bildung zur Fachkräftesicherung beiträgt und beabsichtigt daher, das berufliche Bildungssystem zu stärken.<sup>4</sup> Der medizinische und digitale Fortschritt soll genutzt werden, um das Gesundheitssystem u. a. an die demographische Entwicklung anzupassen.<sup>5</sup> Gleichzeitig wollen die Freien Demokraten sich für eine „nachhaltige, generationengerechte Finanzierung der Pflege“ einsetzen, um diese nicht nur den zukünftigen Generationen zu überlassen.<sup>6</sup> Sie sehen die zwingende Notwendigkeit einer Modernisierung des Altersvorsorgesystems, dieses nachhaltig finanzierbar zu gestalten und die zukünftigen Renten zu sichern. Die gesetzliche Rente soll zudem durch die Einführung einer gesetzlichen Aktienrente erweitert werden und damit künftig auf zwei Säulen stehen. Damit soll langfristig für „Demografiefestigkeit“ gesorgt und das Rentenniveau gesteigert werden. Die FDP setzt sich außerdem dafür ein, dass demografischen Faktoren in der Rentenanpassungsformel

bei der Berechnung des Rentenwertes berücksichtigt werden, um einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen zu gewährleisten.<sup>7</sup>

*„Die Herausforderungen des demographischen Wandels lösen wir durch ein zeitgemäßes Einwanderungsrecht, eine enkelfitte Rentenpolitik und mehr Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger, Eigentum und Wohlstand aufzubauen.“<sup>8</sup>*

An der Regierung ist außerdem die Partei **Bündnis 90/Die Grünen (Grüne)** beteiligt, welche politisch im Spektrum Mitte-links einzuordnen ist und ihren inhaltlichen Schwerpunkt in der sozialen Nachhaltigkeit und der Umweltpolitik setzt. Im Wahlprogramm der Grünen findet der demografische Wandel weniger konkrete Berücksichtigung als bei der FDP. Die Grünen wollen dem sich verstärkenden Arbeits- und Fachkräftemangel entgegenwirken, der sich aus der schrumpfenden Erwerbsbevölkerung und den sich verändernden Anforderungen in den Berufen ergibt. Deshalb wollen sie in berufliche und berufsbegleitende Bildung sowie in die Modernisierung der Lerninhalte und Ausstattung investieren. Gleichzeitig wird im Wahlprogramm darauf aufmerksam gemacht, dass Potenziale besser ausgenutzt und so auch die Hürden des Berufseinstiegs für Frauen, Ältere, Jugendlichen oder Menschen mit Beeinträchtigungen abgebaut werden sollen. Hierfür werden jedoch keine konkreten Vorschläge gemacht. Auch die Einwanderung und der Einstieg in die Arbeitswelt für Migranten soll erleichtert werden.<sup>9</sup> In der Verkehrspolitik sollen die Mobilitätsbedürfnisse u. a. von Senioren in den Mittelpunkt gestellt werden, ohne hierbei konkretere Maßnahmen zu nennen.<sup>10</sup> Die Grünen wollen es ermöglichen, über die Regeleintrittsgrenze für die Rente hinaus weiter zu arbeiten, was sich positiv auf die Anzahl der Erwerbsfähigen auswirken könnte. Zudem setzen sie wie auch die FDP auf eine kapitalgedeckte Altersvorsorge in Form eines „Bürger\*innenfonds“.<sup>11</sup> Für Senioren soll stärker über altersgerechtes Wohnen informiert und barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Verkehrsmitteln im Nahverkehr geschaffen werden.<sup>12</sup>

Einzig im Zukunftsprogramm der **Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD)** findet

<sup>2</sup> Vgl. Fliedner (2019), S. 16 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Freie Demokraten (2021), S. 4

<sup>4</sup> Vgl. ebd., S. 17

<sup>5</sup> Vgl. ebd., S. 28

<sup>6</sup> Vgl. ebd., S. 32

<sup>7</sup> Vgl. ebd., S. 65 ff.

<sup>8</sup> Freie Demokraten (2021), S. 45

<sup>9</sup> Vgl. Bündnis 90/Die Grünen (2021), S. 67 f.

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S. 29

<sup>11</sup> Vgl. ebd., S. 114 f.

<sup>12</sup> Vgl. ebd., S. 140



sich keine Erwähnung der demografischen Herausforderungen. Die SPD ist in der politischen Mitte einzuordnen und repräsentiert die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Da sich die SPD für soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit einsetzt, ist es verwunderlich, dass die Aspekte des demografischen Wandels nur indirekt in verschiedenen Politikbereichen thematisiert werden und keine Trennschärfe erkennbar ist. Es findet sich eine allgemeine Erwähnung einer barrierefreien Mobilität, welche jedoch weder konkretisiert noch speziell auf die älteren Menschen bezogen ist.<sup>13</sup> Darüber hinaus soll dem Fachkräftemangel in verschiedenen Bereichen v. a. in sozialen Berufen durch attraktivere Ausbildungen entgegengewirkt werden.<sup>14</sup> Insgesamt gibt es jedoch keine konkreten Ideen zur Bewältigung der demografischen Herausforderungen, sei es in der Gesundheitsversorgung, der Pflege oder der Altersvorsorge.

### **Analyse des Koalitionsvertrages hinsichtlich Demografie**

Basierend auf den zuvor dargestellten Absichten der Koalitionsparteien der aktuellen deutschen Bundesregierung wird in diesem Abschnitt der im November 2021 veröffentlichte Koalitionsvertrag auf die Berücksichtigung demografischer Aspekte untersucht. Der demografische Wandel wird zunächst als Herausforderung für die Wirtschaft und den globalen Wettbewerb wahrgenommen.<sup>15</sup> Zur generellen Fachkräftesicherung sollen die Fachkräftestrategie und die Nationale Weiterbildungsstrategie weiterentwickelt werden. Diese beruhen auf einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Erwerbstätigen, Möglichkeiten für berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung oder Neuorientierung in der Mitte des Erwerbslebens und einer gesteigerten Arbeitskräfteeinwanderung mit einem überarbeiteten Einwanderungsrecht, vereinfachten Zugängen zum deutschen Arbeitsmarkt durch eine „Chancenkarte“, die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus dem Ausland und vereinfachten Verfahren.<sup>16</sup> Dem Fachkräftemangel soll u. a. im Handwerk mit der Förderung des dualen Systems der beruflichen Ausbildung, im

Gesundheitswesen mit Weiterbildungsangeboten und in den Erziehungsberufen mit einem bundeseinheitlichen Rahmen für die Ausbildung entgegengewirkt werden.<sup>17</sup> Hierbei konnten einige der in der Analyse der Wahlprogramme identifizierten Ziele umgesetzt werden. Eine nachhaltige und barrierefreie Mobilität wird als zentraler Baustein der Daseinsvorsorge angesehen.<sup>18</sup> Dies ist ein wichtiger Aspekt in Hinblick auf die alternde Bevölkerung, jedoch werden hierbei keine weiteren konkreten Maßnahmen genannt. Wie von der FDP und den Grünen vorgeschlagen, soll die Rente um kapitalgedeckte Elemente ergänzt und das Rentenniveau gesichert werden. Der Deutschen Rentenversicherung sollen dafür in einen Fond zur Kapitaldeckung im laufenden Jahr zehn Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden.<sup>19</sup> Besonders beim Thema Erwerbstätigkeit wird der demografische Wandel in den Fokus gelegt. So wird erneut erwähnt, dass eine Nationale Weiterbildungsstrategie und verbesserte Möglichkeiten für berufliche Neuorientierung, Aus- und Weiterbildung geschaffen werden sollen.<sup>20</sup> Im Fokus der Alterssicherungspolitik steht vor allem längeres und gesünderes Arbeiten, welches durch einen Aktionsplan „Gesunde Arbeit“ sowie Maßnahmen zur Prävention und Rehabilitation unterstützt wird, um die Erwerbsfähigkeit der Menschen möglichst nachhaltig aufrechtzuerhalten. Zusätzlich soll die bereits existierende „Flexi-Rente“ bekannter gemacht und ein längerer Verbleib im Arbeitsleben durch einen flexiblen Renteneintritt, wie er in skandinavischen Ländern existiert, ermöglicht werden.<sup>21</sup> All diese Maßnahmen sind gezielt auf die Folgen der demografischen Alterung gerichtet, was an dieser Stelle positiv vermerkt werden kann. Darüber hinaus soll die Krankenhausversorgung durch Kriterien der demografischen Entwicklung reformiert und damit moderner und bedarfsgerechter werden.<sup>22</sup> Auch die Unterstützung der Senioren wird thematisiert. Hierbei werden u. a. die Bereitstellung von Alltagshilfen, Mobilität und die Gesundheitsvorsorge angesprochen, jedoch nicht weiter konkretisiert.<sup>23</sup> Schließlich wird erwähnt, dass das Militär „demografiefest“ und in der Altersstruktur ausbalanciert sein muss und daher Maßnahmen

<sup>13</sup> Vgl. SPD-Parteivorstand (2021), S. 11

<sup>14</sup> Vgl. ebd., S. 28, 31

<sup>15</sup> Vgl. SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP (2021), S. 24

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 33, 82

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 28 f., 99

<sup>18</sup> Vgl. ebd., S. 48

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 66, 73

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 67

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 74 f., 84

<sup>22</sup> Vgl. ebd., S. 86

<sup>23</sup> Vgl. ebd., S. 102

zur Attraktivitätssteigerung des Berufes eingeführt werden sollen.<sup>24</sup> Hierbei wird deutlich, dass die demografischen Entwicklungen auch weitreichende Konsequenzen auf sicherheitspolitische Aspekte haben.

## Fazit und Ausblick

Die Analyse zeigt, dass sich in den Wahlprogrammen und im Koalitionsvertrag grundlegende Ideen und potenzielle Maßnahmen für die „Demografiefestigkeit“ in der Zukunft finden lassen. Die FDP und die Grünen haben vergleichbare Vorschläge in ihren Wahlprogrammen, um den demografischen Entwicklungen entgegenzuwirken, während die SPD sich diesem Thema in ihrem Wahlprogramm nicht angenommen hat. Dem zu erwartenden Fachkräftemangel soll vor allem durch die Stärkung des beruflichen Bildungssystems entgegengewirkt werden, die Arbeitsmigration erleichtert und das Altersvorsorgesystem durch kapitalgedeckte Elemente im Rentensystem gestärkt werden. Diese Punkte wurden so auch im Koalitionsvertrag festgehalten. Des Weiteren soll die Erwerbsfähigkeit der Menschen möglichst lange aufrechterhalten und ein längerer Verbleib im Arbeitsleben durch einen flexiblen Renteneintritt ermöglicht werden. Zudem sollen Senioren stärker in ihrem Alltag unterstützt werden. Die FDP hat zusätzlich Maßnahmen zur Finanzierung der Pflege vorgeschlagen, welche in dieser Form jedoch nicht im Koalitionsvertrag berücksichtigt wurden. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass obwohl der größte Koalitionspartner, die SPD, keinen Fokus auf demografische Aspekte gelegt und die Problematik nur indirekt angesprochen hat, im Koalitionsvertrag einige Maßnahmen zum Umgang mit dem demografischen Wandel aufgegriffen wurden. Insgesamt sind einige sinnvolle Ansätze vorhanden, welche jedoch ausbaufähig und teilweise wenig konkret sind. Es hat sich gezeigt, dass die Parteien FDP und Grüne die demografischen Herausforderungen für eine zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland erkannt haben und ihre Vorschläge zum Umgang mit den zu erwartenden Entwicklungen in den Koalitionsvertrag einbringen konnten.

Für eine umfassende Analyse zum Umgang der Regierung mit dem demografischen Wandel wäre es notwendig, eine erweiterte qualitative

Datenanalyse durchzuführen. Dabei sollte sich die Untersuchung jedoch nicht nur auf die Wahlprogramme und den Koalitionsvertrag beschränken. Die erstmals 2012 veröffentlichte Demografiestrategie der früheren Bundesregierung erfasst diese Thematik wesentlich umfangreicher und zeigt die langfristigen Vorhaben auf. 2015 wurde beschlossen, dass diese Demografiestrategie weiterentwickelt werden soll.<sup>25</sup> Darüber hinaus könnte es sinnvoll sein, einen Vergleich zur Demografiebilanz der vorherigen Regierung anzustellen, welche zuletzt 2017 veröffentlicht wurde.<sup>26</sup>

Obwohl die Herausforderungen des demografischen Wandels bekannt sind und bereits einige Maßnahmen unternommen wurden, um diesem entgegenzuwirken, gibt es noch enormen Handlungsbedarf. Hierfür ist vor allem eine Verbindung mit dem politischen Diskurs notwendig, um ein stärkeres Bewusstsein für die demografischen Herausforderungen zu schaffen und einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen zu gewährleisten.

Gerade aus Sicht der Generation Y, welche direkt von den Auswirkungen der demografischen Entwicklungen betroffen ist, sind konkrete Maßnahmen wünschenswert, um eine langfristige Versorgung im Rentenalter durch Entlastungen des Gesundheits- und Rentensystems sicherzustellen.

<sup>24</sup> Vgl. SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP (2021), S. 149

<sup>25</sup> Vgl. Die Bundesregierung (2022)

<sup>26</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern (2017)

## Quellen

Bundesministerium des Innern (2017): Jedes Alter zählt. „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“ Eine demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung zum Ende der 18. Legislaturperiode:

[https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiebilanz.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/demografie/demografiebilanz.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

Bündnis 90/Die Grünen (2021): Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021:

[https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021\\_barrierefrei.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf)

Die Bundesregierung (2022): Die weiterentwickelte Demografiestrategie. Eine Zusammenfassung:

<https://www.bundesregierung.de/bregde/suche/eine-zusammenfassung-449622>

Fliedner, Ortlieb (2019): Grundwissen Kommunalpolitik. 15. Heft Demografischer Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/kommunal/15866/15866-15.pdf>

Freie Demokraten (2021): Nie gab es mehr zu tun. Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2021: [https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP\\_BTW2021\\_Wahlprogramm\\_1.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP_BTW2021_Wahlprogramm_1.pdf)

SPD-Parteivorstand (2021): Aus Respekt vor deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD:

<https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>

SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Koalitionsvertrag 2021 – 2025:

[https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf)

World Demographic & Ageing Forum (2021): World Population Prospects 2019, Medium Variant Projections. Demographic Change of Germany.

## Über die Autorin

Sophie Kühn ist Masterstudentin für Internationale Beziehungen an der Andrassy University Budapest. Zuvor absolvierte sie ein Bachelorstudium der Öffentlichen Verwaltung an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

Die Analysen und präsentierten Einschätzungen in diesem Artikel sind ihre eigenen.

## Kontaktinformationen:

E-Mail: [Sophie\\_kuehn@outlook.de](mailto:Sophie_kuehn@outlook.de)  
LinkedIn: <https://www.linkedin.com/in/sophie-kuehn-359439231/>